

PRESSEMITTEILUNG

Pressekontakt

Anke Röver
089 / 2620715-07
presse@vdpb-bayern.de

VdPB fordert für 2023 von der Politik: Endlich handeln! Situation der pflegerischen Versorgung lässt keine Spielräume für parteipolitische Scharmützel / 2023 muss zwingend Wendepunkt in der Pflegepolitik markieren / Wahlprüfsteine zur Landtagswahl veröffentlicht

München, 26.01.2023 – Zu Beginn des Jahrzehnts war die Situation der beruflichen Pflege bereits höchst angespannt und der Personalmangel ebenso eklatant wie die zunehmend schlechter werdenden Arbeitsbedingungen für Pflegenden. Die Corona-Pandemie hat die Lage weiter verschärft, sie jedoch gleichzeitig ins Rampenlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Die damit verbundene Hoffnung vieler Pflegefachpersonen, die gesellschaftliche Fokussierung könne den längst überfälligen Veränderungen endlich den notwendigen Impulsdruck verleihen, wurde allerdings enttäuscht. Wie die aktuellen Erkenntnisse aus dem Care-Klima-Index deutlich machen, ist die Stimmung in der Berufsgruppe so schlecht wie nie, die Bewertung der Zukunftsperspektiven düsterer als je zuvor. Die Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) fordert daher die Politik auf allen Ebenen auf, endlich alle gesundheits- und pflegepolitischen Hebel in Bewegung zu setzen und das Jahr 2023 zum Wendepunkt für die Profession Pflege zu gestalten.

Trotz der bayerischen Landtagswahlen im Herbst und dem bevorstehenden Wahlkampf sieht die VdPB auch im Freistaat keinerlei Spielraum für parteipolitische Scharmützel, zu groß ist der Druck endlich zu handeln. Gleichwohl fordert sie die bayerischen Parteien mit der Vorlage von Wahlprüfsteinen auf, zu pflegepolitischen Fragen dezidiert Stellung zu nehmen und die Situation in den Wahlprogrammen entsprechend zu würdigen. „Natürlich beobachten wir die bundespolitischen Entwicklungen wie zum Beispiel zur Pflegepersonalbemessung sehr genau und fordern sehr viel mehr Tempo und Lösungswillen im Bereich der Pflegepolitik ein. Unser Fokus liegt allerdings in Bayern, und wir sehen auf der Ebene auch dringenden Handlungsbedarf“, beschreibt Georg Sigl-Lehner, Präsident der VdPB, die Ausgangslage. „Das Berufsbild aufzuwerten durch neue Kompetenzen und mehr professionelle Autonomie ist nicht exklusiv dem Bund vorbehalten, da kann Bayern durchaus weiter vorangehen und seine eigenen Möglichkeiten ausschöpfen. Die Weiterbildung und eine verbindliche Berufsordnung gehören in die Hände der Selbstverwaltung, es wäre die in unseren Augen vordringlichste Maßnahme, hier endlich die VdPB mit der vollständigen Verantwortung dafür auszustatten“, ergänzt Sigl-Lehner.

Für ebenfalls unverzichtbar hält die VdPB außerdem eine adäquate, effiziente und ressourcenorientierte Personalbemessung in allen Pflegesettings sowie grundsätzliche Personalquoten und Qualifikationsvorgaben für den Freistaat. Nicht nur in der stationären Langzeitpflege kann das nach Ansicht der VdPB auf Landesebene durchaus umgesetzt werden. Untrennbar mit der Forderung nach Qualifikationsvorgaben verbunden ist auch der

Blick auf die Akademisierung der Pflege, die nach Auffassung der VdPB trotz der Einführung eines Stipendienprogramms für die akademische Pflegeausbildung in Bayern noch nicht die notwendige Aufmerksamkeit erfährt. Mehr Augenmerk auf die Praxiseinmündung – zum Beispiel durch die Förderung des Konzepts „Akademische Lehreinrichtung Pflege“ – und die Implementierung akademischer Berufsrollen mit angemessenen Aufgabenprofilen hält die VdPB für essenziell für die pflegerische Versorgungssicherheit. „Die Experten drängen seit Jahren auf eine höhere Akademisierungsquote, und die Forschung stützt das mit ihren Ergebnissen immer deutlicher. Eigentlich haben wir schon jetzt nicht mehr die Zeit, um auf die Effekte zu warten, die sich ja nicht gleich morgen einstellen werden. Umso wichtiger ist es, so schnell wie möglich die Weichen dafür zu stellen, Entscheidungen zu treffen und auch umzusetzen“, erklärt der VdPB-Präsident.

Einen wesentlichen Baustein der Pflegepolitik auf Landesebene sieht die VdPB auch in der Krankenhausplanung. Kliniken binden wie stationäre Pflegeeinrichtungen extrem viel Personal, daher muss es in der Planung in besonderem Maße darum gehen, das Angebot an die tatsächlichen Versorgungsbedarfe und nicht an die individuellen Wünsche einzelner Regionen anzupassen. An dieser Stelle könnten die Politik vielerorts unbequeme Wahrheiten, aber auch große Potenziale für eine effiziente Versorgung erwarten, gibt Sigl-Lehner zu bedenken. „Wir fordern aber vor allem, die pflegerische Expertise in alle Planungsüberlegungen mit einzubeziehen, damit das Leistungsvermögen der Profession beispielsweise in der Prävention und Vorsorge auch vollständig zur Geltung kommen kann.“

Handlungsbedarf sieht die VdPB außerdem in der ganz konkreten Unterstützung beruflich Pflegenden in Belastungssituationen. Was für Feuerwehr und Rettungsdienste selbstverständlich scheint, fehlt für die Pflege auch hier in Bayern. „Um der steigenden Zahl der Burn-outs wirksam etwas entgegen zu setzen, müssen die Arbeitsbedingungen grundsätzlich verbessert werden, das ist klar. Doch auch unter idealen Bedingungen bringt der Beruf enorme körperliche und insbesondere psychische Belastungen mit sich. Ein umfassendes, dauerhaftes und für beruflich Pflegenden leicht zu erreichendes Angebot an psychosozialer Unterstützung im Freistaat zu etablieren ist eine schnell umzusetzende Maßnahme, die auch zügig Wirkung zeigen kann“, betont Sigl-Lehner. „Deswegen haben wir sie auch zu einem wesentlichen Bestandteil unserer Wahlprüfsteine für die Landtagswahl gemacht, die den Parteien bereits zugegangen sind. Wir sind sehr gespannt auf die Reaktionen. Letztlich gilt aber im Interesse der pflegerischen Versorgungssicherheit schon heute: Die Zeit zu handeln ist jetzt! Die Lage duldet keinen Aufschub.“

Die VdPB

*Die **Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB)** ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und ein unabhängiges Sprachrohr von und für professionelle Pflegekräfte in Bayern. Die VdPB wurde 2017 auf Grundlage des vom Bayerischen Landtag verabschiedeten Pflegendenvereinigungsgesetz gegründet und hat unter anderem die Aufgabe, die Qualität der Pflege weiterzuentwickeln – sowohl im Interesse der Berufsgruppe als auch für die Versorgungssicherheit für die Menschen in Bayern. Dazu wirkt die VdPB an Gesetzgebungsverfahren mit und vertritt die Pflegenden in Gremien wie beispielsweise dem Landespflegeausschuss. Zudem berät sie ihre Mitglieder kostenlos in berufsrechtlichen, berufsethischen und fachlichen Fragen und engagiert sich für die Fort- und Weiterbildung der beruflich Pflegenden. Die VdPB ist außerdem die für die Registrierung der Praxisanleitungen in der Pflege und die Erfassung der Fortbildungsnachweise für Praxisanleitungen zuständige Behörde. Seit dem 01. Januar 2021 ist die VdPB auch zuständig für die Regelung der pflegerischen Weiterbildung nach AVPfleWoqG. Die Mitgliedschaft in der VdPB ist für professionell Pflegenden freiwillig und kostenlos. Präsident der VdPB ist Georg Sigl-Lehner.*